

A decorative red line runs vertically along the left side of the page, featuring two circular motifs. The main title is positioned to the right of this line.

Politische Anforderungen des Deutschen Gewerkschafts- bundes im Jahr 2009

Impressum

Herausgegeben vom DGB Bundesvorstand

Bereich Vorsitzender

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Ein Superwahljahr im Zeichen der Krise

Deutschland und Europa stehen vor neuen Herausforderungen. Der Neoliberalismus mit seiner reinen Marktfixierung ist auf der ganzen Linie gescheitert. Wir stehen vor einem politischen Epochenbruch. Die Krise der Internationalen Finanzmärkte hat sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausgeweitet, deren Ausmaß noch nicht erkennbar ist. Sie fällt mit der Ernährungskrise und dem Klimawandel zusammen.

Deutschland ist als Exportland besonders stark von der Krise betroffen. Für 2009 schrumpft die Wirtschaftsleistung in Deutschland um bis zu sechs Prozent. Das wird zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit enormen Folgekosten für öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen führen. Die Wirtschaftskrise zu überwinden, Arbeitsplätze zu sichern und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen zu gewährleisten wird die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre sein. Die hierzu nötigen Kosten dürfen nicht einseitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und VersorgungsempfängerInnen aufgebürdet werden.

Der DGB und seine Gewerkschaften fordern eine kritische Aufarbeitung der Ursachen der Krise und der Verantwortlichkeiten. Die Erkenntnisse müssen in konkreten Politikkonzepten münden, die verhindern, dass sich aus der Wirtschaftskrise eine Krise des demokratischen Rechtsstaats entwickelt. Fakt ist, dass die Krise ihren Ursprung in der Deregulierung der Märkte hat. Nun gilt es, das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind als Einheitsgewerkschaften parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral. Als die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind sie die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und Europa. Daraus leiten wir Anforderungen an die politischen Parteien ab. Wir wollen die Arbeits- und Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger verbessern und unsere freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaft stärken.

1. Entschlossen gegen die Krise

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise stellt die deutschen Parteien im Wahljahr 2009 vor große Herausforderungen. Nicht nur eine Abkehr von bisherigen politischen Handlungsmustern ist erforderlich, sondern auch ein „Umdenken“ - eine Lösung von der alten Ideologie des Neoliberalismus. Wir brauchen ein neues politisches Projekt zur sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft. Es geht den Gewerkschaften um den Einstieg in einen weniger krisenanfälligen Pfad qualitativen Wachstums.

In der Krise gilt es Beschäftigung zu sichern und Innovation zu fördern. Deshalb müssen die Finanzmärkte wieder der Realwirtschaft dienen und nicht die Realwirtschaft vom Spekulationseifer der Finanzjongleure ausgepresst werden.

Die G 20-Staaten haben im April 2009 in London eine Erklärung verabschiedet, die viele positive Ansätze zur Regulierung der Finanzmärkte enthält. Die Politik muss sich an ihrer Umsetzung messen lassen.

Die Gewerkschaften erwarten von einer künftigen Bundesregierung folgende Forderungen in der G 20-Gruppe durchzusetzen:

- Wir fordern konkrete Kriterien zur Unterstützung und Verstaatlichung „notleidender“ Banken. Es gilt nicht nur das Vertrauen im Finanzsektor zu stärken sondern auch das Vertrauen der Steuerzahler in die Bereitschaft der Banken zur Krisenbewältigung. Es kann nicht sein, dass Banken mit neuem Steuergeld neue Spekulationsblasen aufbauen. Das gilt auch für die Einrichtung von „Bad Banks“.
- Wir fordern eine demokratische und effiziente Finanzaufsicht auf internationaler Ebene. Rating-Agenturen müssen einem Zulassungsverfahren unterstellt werden. Eigenkapitalanforderungen an Banken müssen konjunkturgerecht festgelegt werden. Die Finanzaufsicht muss neue Produkte prüfen und zulassen.
- Wir fordern die angemessene Besteuerung von Finanztransaktionen. Eine einheitliche Besteuerung auf internationaler Ebene stärkt den politischen Regulierungsrahmen der Finanzmärkte und dämpft die ausufernden Spekulationen.
- Wir fordern das Austrocknen von Steueroasen, damit sich keine Unternehmen und Privatpersonen der Besteuerung im Heimatland einziehen können. Die Rendite muss dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet wird.
- Wir fordern die Ausstattung des neu geschaffenen Financial Stability Board mit weitreichenden Aufgaben und Kompetenzen.

Diese Forderungen sind notwendige Schritte zur Überwindung der Krise und zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Nachhaltigkeit befördert.

2. Maßstäbe für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung

Der Neoliberalismus hat soziale Verwerfungen ungeahnten Ausmaßes weltweit produziert. Die Verteilungsgerechtigkeit in den Ländern des reichen Nordens ist immens gewachsen. Gesamtwirtschaftlich stagnierten die Reallöhne, während Kapitaleinkünfte im zweistelligen Bereich stiegen. Die Armut in Entwicklungsländern ist gestiegen und Investitionen blieben aus.

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und die Deregulierung des Vergabe- und Wettbewerbsrechts haben nicht nur die Daseinsvorsorge beschnitten, sondern auch gesellschaftliche Mehrkosten verursacht und die Löhne in den nun privaten Dienstleistungsbetrieben gedrückt. Die Europäische Union hat mit verschiedenen Richtlinien dieser einseitigen Marktliberalisierung Vorschub geleistet.

Die Gewerkschaften fordern daher eine künftige Bundesregierung auf:

- sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die soziale Fortschrittsklausel im Primärrecht verankert wird. Die sozialen Rechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten wie der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit haben. Die EU muss sich mit der sozialen Fortschrittsklausel darauf verpflichten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern und alle Initiativen zu unterlassen, die auf eine Verschlechterung bereits erreichter Sozialstandards abzielen. Ansonsten läuft das soziale Europa Gefahr unter die Räder der „wirtschaftlichen Grundfreiheiten“ zu geraten.
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge einem strikten Kriterienkatalog folgt, der Lohn- und Sozialdumping verhindert.
- die Demokratisierung der Wirtschaft abzusichern und auszuweiten. Mitbestimmung bei Übernahmen, Standort- und Investitionsentscheidungen und die Mitarbeiterkapitalbeteiligung sind dafür notwendige Reformziele. Zudem ist eine neue Definition des Unternehmensinteresses im Aktienrecht notwendig. Die Realwirtschaft muss sich vom Prinzip der kurzfristigen Profite im Shareholder-Value-Kapitalismus abwenden und sich wieder Investitionen, Innovationen und Beschäftigung zuwenden. Managerbezüge sind zu begrenzen und an der langfristigen, nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten.

- eine aktive und nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik zu entwickeln. Der Industriestandort Deutschland kann in der Krise viel von den Grundstrukturen seines wirtschaftlichen Erfolgs verlieren. Wir benötigen in Deutschland und Europa eine industrie- und strukturpolitische Strategie, die Schwerpunkte setzt, Akteure vernetzt und Potentiale nutzt. Industrie- und Strukturpolitik muss Innovationen identifizieren, den Fachkräftebedarf erkennen und die Material- und Ressourceneffizienz verbessern. Die aktive Mitsprache der Belegschaften ist hierbei zwingend.
- eine aktive und nachhaltige Dienstleistungspolitik zu befördern. Zu einer leistungsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung gehört zukünftig die stärkere Integration von Produktion und Dienstleistung. Der drastisch steigende Einsatz von Wissen und Informations- und Kommunikationstechnologie erfordert eine neue Wertschätzung aller an der Wertschöpfung beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Europa zum Antreiber eines energieeffizienten und CO₂-armen Wachstums zu machen. Klimaschutzpolitik bedeutet auch die Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Erarbeitung eines nachhaltigen Verkehrskonzeptes.
- das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen. Privatisierung, zunehmender Wettbewerbsdruck, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Verringerung von Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigem Verzicht auf Steuereinnahmen aus hohen Einkommen, Vermögen und Kapitaltransaktionen haben die Handlungsfähigkeit des Staates massiv eingeschränkt. Wir fordern einen handlungsfähigen Staat mit einem gut ausgestatteten öffentlichen Dienst. Der Staat muss die Daseinsvorsorge so verbessern, dass soziale Teilhabe gesichert ist und die Generationengerechtigkeit gewährleistet wird.
- weitere konjunkturstützende Maßnahmen zu ergreifen, die die kommunale Investitionsfähigkeit kurz- und mittelfristig sichern, den privaten Konsum stärken sowie die Finanzierungsbedingungen und Eigenkapitalbasis der Unternehmen sichern. So können Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Krise gesichert werden. Dazu sollen große Vermögen über einen Lastenausgleich zur Finanzierung der Krisenbewältigung beitragen.
- die Schuldenbremse zurückzunehmen. Sie nimmt dem Staat eine wesentliche Möglichkeit die Gegenwart zu gestalten, Innovationen anzustoßen, schnell auf Herausforderungen zu reagieren und infrastrukturell für die Zukunft vorzusorgen. Die Schuldenbremse droht eine Wachstumsbremse zu werden. Ohne eine deutliche Erhöhung der Steuern wird nur noch ein Staat zu finanzieren sein, der seinen Aufgaben nicht gerecht wird.
- ein gerechtes Steuersystem, das die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben einschließlich der sozialen Sicherung wieder ermöglicht. In Zukunft dürfen Kapitaleinkommen nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen. Große Vermögen müssen ihren Teil der Krisenkosten übernehmen.

Diese Forderungen sind Wegmarken zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung.

3. Besser statt billiger: Gute Arbeit für alle

Die dramatische Lage vieler Unternehmen erfordert einen Schutzschirm für Beschäftigung. Entlassungen müssen verhindert werden. Die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung ist der richtige Weg. Zu den notwendigen Beschäftigungsbrücken zählt die Fortführung der Altersteilzeit und die Einführung einer arbeitsmarktabhängigen Erwerbsminderungsrente, die das Arbeitskräfteangebot kurzfristig reduziert.

Prekäre Beschäftigung ist keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Es war ein Irrweg Stammebelegschaften zugunsten von Leiharbeit und befristet Beschäftigten abzubauen, Dagegen sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit mit Kündigungsschutz deutlich zu stärken.

Die Gewerkschaften fordern von der zukünftigen Bundesregierung:

- eine gesetzliche Regelung, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Das jeweilige unterste Tarifentgelt ist dafür die Grundlage und unterste Grenze, die einen vom Gesetzgeber fixierten notwendigen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf. Sollten Tarifentgelte unterhalb dieses Niveaus liegen oder in einer Branche keine Tarifverträge greifen, gilt der gesetzliche Mindestlohn als unterste Grenze. Als Einstieg sind dafür 7,50 Euro pro Stunde vorzuschreiben. Die effektive Kontrolle und Durchsetzung muss gewährleistet sein. Zur Stärkung der Tarifautonomie und der Einführung gesetzlicher Mindestentgelte gehören mindestens: die Erleichterung der Voraussetzungen zur Erteilung der Allgemeinverbindlicherklärung, die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche, eine gesetzliche Regelung, die das unterste Tarifentgelt in der jeweiligen Branche als Mindestentgelt sichert und die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes.
- dass Leiharbeitern die gleichen Arbeits- und Entgeltbedingungen wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Entleihbetriebe garantiert werden. Nur auf Basis von Tarifverträgen der entleihenden Unternehmen darf für eine kurze Einarbeitungszeit vom Equal-Pay-Grundsatz abgewichen werden. Die Abweichungsmöglichkeit durch bloße arbeitsvertragliche Bezugnahme auf jedweden Tarifvertrag ist zu streichen. Zudem muss die Leiharbeit ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden, um tarifvertragliche Mindestlöhne zu ermöglichen. Das Synchronisationsverbot muss wieder eingeführt werden. Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats im Entleiherbetrieb sind durch Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, etwa im Hinblick auf die Kontrollmöglichkeit der tariflich vorgesehenen Eingruppierung oder gesetzlich angeordneten Vergütung von Leiharbeitsbeschäftigten auszuweiten.

- die aktive Zurückdrängung prekärer Beschäftigung. Jede Arbeit muss existenzsichernd sein und soziale Sicherheit gewährleisten. Wir fordern eine Entschärfung der Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose, die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs zugunsten sozialversicherter öffentlich geförderter Beschäftigung, ein Ende der Subventionierung von nicht-existenzsichernden Arbeitsverhältnissen sowie die entschiedene Bekämpfung von Scheinselbständigkeit und Missbrauch bei Werkverträgen und Praktika.
- die Gleichstellung von Frauen und Männer im Arbeitsleben durchzusetzen. Hier ist ein gesetzliches Durchsetzungsgebot zur Herstellung der tatsächlichen Entgeltgleichheit erforderlich. Die Einhaltung des Gebots der Entgeltgleichheit muss durch Schadensersatz- und Entschädigungsregelungen sowie umfassende Klagemöglichkeiten (Verbandsklagerecht) geschützt werden. Insbesondere für Führungspositionen sind Förderregelungen für Frauen zu verankern.
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dazu gehören die flächendeckende Verfügbarkeit ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen, wohnortnahe Beratungsangebote, ein bedarfsgerechtes Angebot von Pflegedienstleistungen sowie familiengerechte Arbeitsbedingungen. In Deutschland werden die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt extrem von mangelnden Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beeinflusst - gerade bei Alleinerziehenden.
- die Unanfechtbarkeit von Lohnzahlungen an Arbeitnehmer, die vor der Insolvenz durch deren Arbeitgeber gezahlt wurden, herzustellen.
- eine arbeitnehmerfreundliche Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie sicherzustellen. Auf Bundes- und Landesebene muss strikt darauf geachtet werden, dass das Ziellandprinzip bei allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen gesichert wird. Dazu ist es notwendig, dass bei den Einheitlichen Ansprechpartnern eine arbeits- und sozialrechtliche Beratung stattfindet, die Gewerkschaften beteiligt werden und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt wird. Weiterhin ist es dringend notwendig, dass bei diesem Umsetzungsprozess die Folgeprobleme der Zunahme kurzfristiger grenzüberschreitender Dienstleistungen mit entsandten Arbeitskräften ebenso beachtet werden wie die Zunahme vorübergehender Dienstleistungen ohne Niederlassungspflicht. Hier müssen rechtzeitig Regelungen getroffen werden, die Lohn- und Sozialdumping sowie das Aushebeln von gewerkschaftlichen Rechten verhindern.
- ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz einzuführen. Ein ausdrückliches Verbot der gezielten Beobachtung und Überwachung von Beschäftigten ist hierbei notwendig. Zudem fordern wir ein Beweisverwertungsverbot für unrechtmäßig erhobene Daten und ein Schmerzensgeld bei Verstößen sowie eine Strafbewehrung bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts.

- zur Überwindung der Einkommensunterschiede zwischen Ost und West beizutragen. Der Aufbau Ost kann nur gelingen, wenn das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ realisiert wird. Die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Angleichung der Rentenverhältnisse ist anzustreben.

Das gewerkschaftliche Prinzip „Gute Arbeit“ ist der Maßstab für eine verantwortungsvolle Sozialpartnerschaft in Deutschland. Nur sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse schaffen wirtschaftlichen Erfolg und soziale Stabilität.

4. Soziale Sicherheit solidarisch ausbauen

Der DGB und die Gewerkschaften fordern die Systeme der sozialen Sicherheit zu stabilisieren. Gerade in Krisenzeiten und bei steigender Arbeitslosigkeit ist mehr soziale Sicherheit nötig. Um Sozialabbau in Folge der Wirtschaftskrise zu vermeiden, ist eine staatliche Defizithaftung für alle Sozialversicherungszweige notwendig. Eine Festschreibung von Beitragssätzen in der Sozialversicherung halten wir für falsch.

Die Gewerkschaften fordern von der künftigen Bundesregierung:

- die Arbeitslosenversicherung mittel- und langfristig zu stabilisieren. Eine Finanzreform zu einer sachgerechten Entlastung der Arbeitslosenversicherung ist überfällig. Insbesondere der sogenannte Eingliederungsbetrag, durch den die Bundesagentur für Arbeit (BA) gezwungen wird, jedes Jahr fünf Mrd. Euro Sozialbeiträge direkt an den Bund abzuführen, muss abgeschafft werden. Die Defizithaftung des Bundes für konjunkturbedingte Belastungen der Arbeitslosenversicherung muss eingeführt werden. Leistungskürzungen bei ALG I und ALG II lehnen wir ausdrücklich ab. Stattdessen fordern wir steuerfinanzierte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
- dass niemand zur Annahme von Arbeit zu Dumpinglöhnen oder zu entwürdigenden Bedingungen gezwungen wird. Stattdessen ist eine bessere Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit nötig. Wer seine Arbeit verliert, darf nicht schon nach zwölf Monaten in die Bedürftigkeit abgedrängt werden, und das auch noch bei Hartz-IV-Regelsätzen, die alles andere als armutsfest sind. Insbesondere die Regelsätze für Kinder und Jugendliche müssen über alle Altersgruppen hinweg angehoben werden. An die Stelle von Druck gehört die Qualifizierung insbesondere von Un- und Angelernten, um deren Arbeitsmarktrisiko zu vermindern und Arbeitslose bei einer nachhaltigen Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Auch längerfristige und nachhaltigere Weiterbildungsmaßnahmen müssen wieder eine zentrale Rolle bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen spielen.
- die Weiterentwicklung der Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Dazu muss die willkürliche Trennung zwischen Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung aufgehoben werden. So wird die Finanzierungsbasis gestärkt

und die Benachteiligung von Kassenpatienten beendet. Wir fordern, dass die Gesetzliche Krankenversicherung zu 100 Prozent solidarisch und paritätisch finanziert wird. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die die Krankenkassen leisten, sollen aus Steuermitteln finanziert werden. So können die Belastungen der Versicherten gesenkt und eine Unterfinanzierung und damit Zusatzbeiträge vermieden werden.

- zu gewährleisten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibel und sozial abgesichert vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln können. Im Überprüfungsjahr 2010 ist die Rente mit 67 rückgängig zu machen. Das gilt auch für die heraufgesetzten Pensionsgrenzen. Weiterhin benötigen wir auch in Zukunft die Altersteilzeit mit BA-Förderung. In diesem Zusammenhang müssen die Beschäftigungs- und Ausbildungschancen Jüngerer verbessert werden. Zudem ist eine arbeitsmarktabhängige Erwerbsminderungsrente einzuführen.
- die Gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen. Sie bietet ein breiteres Fundament für mehr Solidarität und Gerechtigkeit.
- den Nachhaltigkeitsfaktor und den Riesterfaktor abzuschaffen.
- eine deutlich bessere Absicherung für Arbeitslose zu gewährleisten. Alle Zeiten der Arbeitslosigkeit bei Rentenanzugängen sollen rückwirkend auf 0,5 Entgeltpunkte aufgewertet werden. Außerdem sollen ALG II - Empfänger ab 2010 bei den Rentenbeiträgen so gestellt werden als würden sie das halbe Durchschnittsentgelt beziehen. Diese Beiträge müssen über Steuermittel finanziert werden.
- geringe Einkommen in der Gesetzlichen Rentenversicherung aufzuwerten. Die Rente nach Mindesteinkommen ist für alle Rentenanzugänge und auf Dauer anzuwenden. Dies soll über Steuern finanziert werden. Als Voraussetzung für den Anspruch auf die Hochwertung schlagen wir 25 Versicherungsjahre vor.
- den Zugang zur Erwerbsminderungsrente zu erleichtern und Abschläge abzuschaffen.
- den Kinderzuschlag und das Wohngeld zur Bekämpfung der Kinderarmut auszubauen, damit Familien von Geringverdienern nicht ergänzend zu ihrem Lohn noch Hartz IV-Leistungen benötigen. Die Hartz IV-Regelsätze für Kinder müssen vom Gesetzgeber als eigenständige Größen und nicht als „Anhängsel“ an den Erwachsenenregelsatz erhöht und jährlich angepasst werden.

Durch das Prinzip der solidarischen Bürgerversicherung bzw. Erwerbstätigenversicherung sind neue Finanzierungsspielräume für mehr Sicherheit im Alter, bei Krankheit oder Pflege möglich.

5. Bildung als Soziale Frage

Bildungschancen in Deutschland hängen weitgehend vom Geldbeutel ab. Wer gute Bildung für Alle will, muss soziale Barrieren abbauen. Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft

Eine gute Bildungsreform lässt sich aber nicht im föderalen Neben- bzw. Gegeneinander lösen. Wir brauchen eine nationale Bildungsstrategie, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam verpflichtet. Die Gewerkschaften schlagen einen „nationalen Pakt zur Bekämpfung der Bildungsarmut“ vor. An ihm sollen sich neben Bund, Ländern und Kommunen sämtliche bildungspolitische Akteure beteiligen.

Dazu fordern wir:

- ein Investitionsprogramm für Bildung. Für ein besseres Bildungswesen brauchen wir einen finanziellen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sind auf zehn Prozent des BIP anzuheben. Dafür sind zusätzliche Investitionen von mindestens 30 Mrd. Euro jährlich notwendig; und das ohne den Aufwand von Bauinvestitionen. Damit können finanziert werden: Ganztagskindergärten mit kleineren Gruppen, flächendeckende Ganztagschulen, eine deutliche Ausweitung des BAföGs samt Wiedereinführung des Schüler-BAföGs, die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule und ein bedarfsgerechter Ausbau der Studienplätze. Dieses Programm sollte auch einen „Schutzschirm für Ausbildung“ (Übernahmeprämie für Betriebe, die Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen; Branchenfonds) sowie die Finanzierung von Erzieherinnen-Stellen für den Kita-Ausbau und von Sozialarbeiterstellen für die Ganztagsschulbetreuung enthalten.
- die Streichung von Subventionen für nicht-gemeinnützige Bildungsträger sowie der steuerlichen Absetzbarkeit für privates Schulgeld .
- ein neues Bundesgesetz für Weiterbildung. Dazu gehören rechtlich garantierte Lernzeiten, unterstützende Finanzierung, mehr Beratung, die Einführung eines Erwachsenen-BAföG sowie eine bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung.
- die Verbesserung der Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen unabhängig von Aufenthaltsdauer und Status einen gleichberechtigten und freien Zugang zur frühkindlichen und schulischen Bildung sowie zur Berufsausbildung haben. Dies gilt auch für „statuslose“ und „illegale“ Kinder und Jugendliche.

DGB und Gewerkschaften wollen soziale Ausgrenzung dort bekämpfen wo sie beginnt. „Wir brauchen alle, wir dürfen kein Kind zurücklassen“ - diese Philosophie des skandinavischen Bildungswesens ist Maxime unserer Bildungspolitik.

6. Rechtsextremismus bekämpfen

Wir fordern ein Verbot der NPD. Es ist überfällig. Eine Partei, die sich wie die NPD unverhohlen am Nationalsozialismus orientiert, immer wieder den Holocaust leugnet und auf den Schulterchluss mit dem offen gewalttätigen Kameradschaftsspektrum setzt, steht eindeutig außerhalb des demokratischen Meinungsspektrums. Sie darf nicht weiter unter dem Schutz des Parteienprivilegs Infrastruktur aus Steuergeldern aufbauen.

Verbote rechtsextremer Organisationen und die konsequente Verfolgung von Gewalt- und Straftaten sind wichtiger Teil einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wir fordern aber darüber hinaus verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen rechtsextremer und rassistischer Einstellungen, verbunden mit der nachdrücklichen Unterstützung der Zivilgesellschaft. Insbesondere die Unterstützung der Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und mobile Beratung gegen rechtsextreme Gewalt brauchen verlässliche finanzielle Unterstützung.

Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der DGB und die Gewerkschaften wollen eine Politik,

- die die Finanzmärkte wirksam reguliert, Steueroasen austrocknet und Finanztransaktionen besteuert,
- die Wachstum fördert und einen nachhaltigen Wachstumspfad ermöglicht und dies mit einem Einstieg in den sozialen und ökologischen Umbau verbindet,
- die prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpft, Arbeitsverhältnisse sozial sichert und Mindestlöhne verankert,
- die den Sozialstaat in einem umfassenden Sinne erneuert und somit allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht,
- die die Besserverdienenden und Vermögenden zur Bewältigung der Krise heranzieht, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sichert, Daseinsvorsorge und innere Sicherheit gewährleistet,
- die Bildungschancen verbessert, soziale Barrieren abbaut und berufliche Bildung für Alle ermöglicht,
- die Rechtsextremismus wirksam bekämpft und ein Verbot der NPD betreibt.